

1919

# Das Jahr der Rebellion

Renée Wagener

**Vor neunzig Jahren wurde in Luxemburg die Republik ausgerufen. Doch der historische Moment grub sich nie ins Luxemburger Kollektivbewusstsein ein.**

Am 9. Januar 1919 „saßen in den Wirtshäusern um den Paradeplatz herum die echten Luxemburger Bürger, droschen ihren Skat, tranken ihren Humpen in aller Heiterkeit des Gemütes und ließen die Retter der Volksfreiheiten und die Heilande des Volkswohls schwitzen und schwatzen“. Dabei wurde auf der Place d'Armes, auf dem Knuedler und vor

dem Kammergebäude gerade von der republikanischen Bewegung versucht, Geschichte zu schreiben.

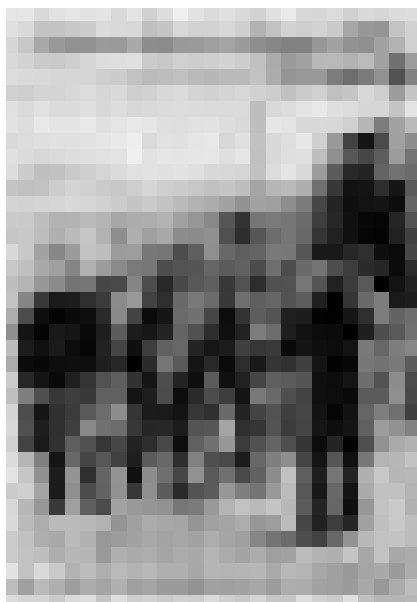
„Verworrene Zeit“, „Sturm“, „revolutionäre Bewegung“ - so unterschiedlich charakterisieren die drei bekanntesten Zeitzeugenberichte die Monate nach Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918 bis zum Referendum im Oktober des folgenden Jahres. Die Berichte von Nikolaus Welter, August Collart und Emile Eiffes überschneiden sich in vielen Punkten, machen jedoch fundamental entgegengesetzte Standpunkte deutlich. Sie sind nicht nur politische Deutungs-, sondern auch Rechtfertigungsversuche. Denn alle drei Männer spielten eine wichtige Rolle in den politischen Ereignissen von 1919.

## Welche Republik?

Nikolaus Welter, Schullehrer und Schriftsteller, wurde im Herbst 1918 von der sozialistischen Partei als Unterrichtsminister in die Regierung entsandt. Statt aber die kampffreudigen revolutionären Parolen zu übernehmen, die zu diesem Zeitpunkt die Sozialdemokratie prägten, positionierte sich Welter als konservativer Monarchist und bezeichnete sich selbst als nationalistisch. Während die deutschen Truppen sich zurückzogen, ging es auf der Straße hoch her. Die sozialen Spannungen, die sich während der Kriegsjahre aufgestaut hatten, brachen voll durch. Entstanden waren sie schon vor dem Krieg: Die Arbeit auf der Schmelz und in den Fabriken war hart und schlecht bezahlt, Armut, Wohnungsnot und unsägliche hygie-

Auf den Tag genau 90 Jahre sind es heute her, dass die republikanische Bewegung in Luxemburg ihren Höhepunkt erreichte. Der 9. Januar 1919 ist ein wesentliches Element einer Umbruchszeit, in der nicht nur die Monarchie in Frage gestellt und für die Unabhängigkeit manifestiert wurde, sondern auch das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen eingeführt und soziale Reformen eingefordert wurden. Auf den folgenden Seiten werden diese Aspekte in einem historischen Rückblick noch einmal beleuchtet. Und in einem Interview mit dem Historiker Pit Péporté fragt die woxx, welcher Stellenwert 1919 in der Luxemburger Geschichtsschreibung zukommt.





Volksspeisung in Esch-Alzette: Im Ersten Weltkrieg waren Lebensmittel Mangelware und Hunger an der Tagesordnung.

nische Zustände vor allem im Süden des Landes verbreitet. Es ist kein Zufall, dass in die Zeit nach der Jahrhundertwende die Entstehung der sozialistischen Partei und in die Kriegszeit die Gründung der Gewerkschaften fällt. Im Mai 1917 war ein großer Streik gescheitert, was die Arbeiterbewegung aber keineswegs entmutigte. Als am 10. November auf Initiative des sozialliberalen Blocks ein „Luxembur-

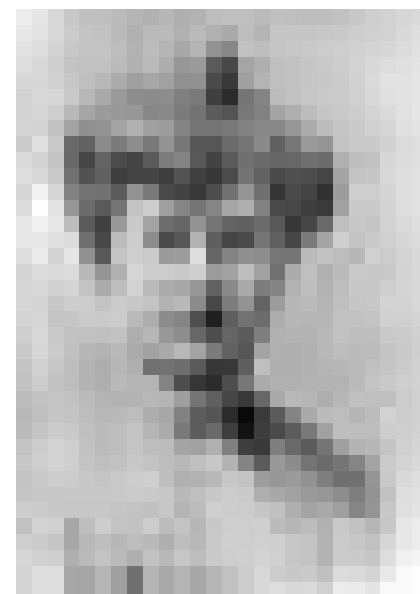
ger Arbeiter- und Bauernrat“ entstand, spiegelte er zumindest teilweise die Forderungen wieder, die auf Kundgebungen und Arbeiterversammlungen im Süden des Landes aufgestellt wurden: Republik, Achtstundentag, allgemeines Wahlrecht, Verstaatlichung der Eisenbahnen und staatliche Kontrolle über Hütten und Banken.

Im Parlament scheiterte eine liberale Resolution, die den Wunsch

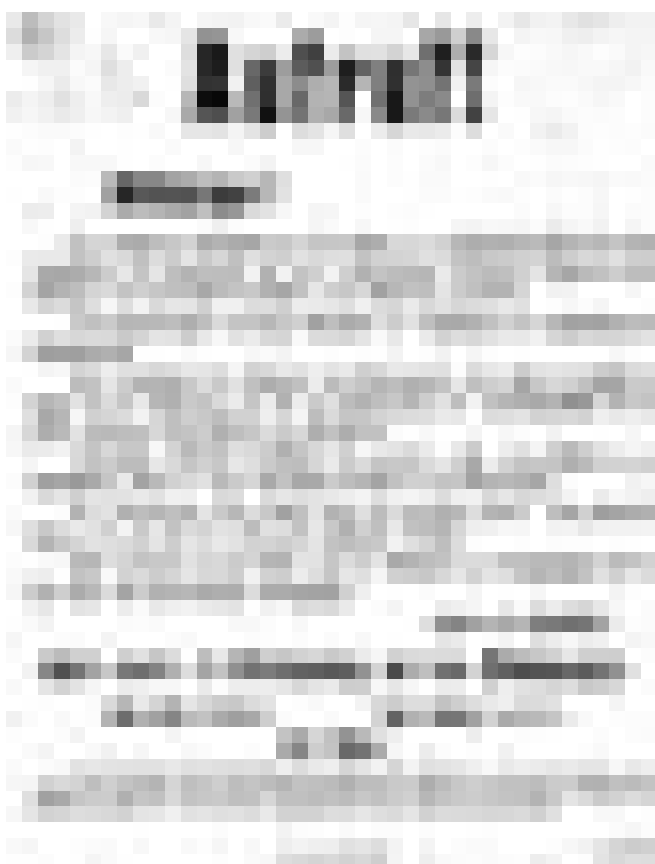
ausdrückt, „dass die Dynastie auf den Thron des Großherzogtums verzichte“, sehr knapp mit 19 zu 21 Stimmen und zwei Enthaltungen. Gerettet haben die Monarchie an diesem Tag vier der neutralen Gewerkschaft nahestehende Volksparteiler. Eine Resolution der Rechtspartei, welche ein Referendum zur zukünftigen Staatsform vorschlug, wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Liberalen angenommen. Die sozialistische Forderung nach dem Achtstundentag dagegen hatte mehr Erfolg. Spätestens als es im Dezember in Esch-Alzette zu Geschäftsplünderungen kam, war die Regierung genügend unter Druck, um dieser Forderung nachzukommen. Der Vertrauensmann der Volkspartei, der Bettemburger Gutsbesitzer August Collart, war unter anderem Industrie- und Arbeitsminister. Ganz ohne parlamentarische Prozedur, in einer Art Tripartite zwischen Arbeitgebern, Arbeiterorganisationen und Staats- und Arbeitsminister wurde der Achtstundentag beschlossen und durch großherzoglichen Beschluss umgesetzt. Dagegen gelang es den Liberalen, im Parlament einen Antrag durchzusetzen, wonach die Eisenbahnbediensteten einen Vorschuss auf die ihnen versprochene Teuerungszulage erhalten sollen. Natürlich versuchten die Sozialisten es ihnen gleich zu tun, indem sie ebenfalls eine Teuerungszulage für die Arbeiter der Eisenindustrie verlangten. Collart würgte den finanziell weitreichenden Antrag mit der Drohung ab, sein Amt niederzu-

legen. Die Teuerungszulagen waren angesichts von Lebensmittelknappheit und -übersteuerung während und nach dem Krieg eine zentrale soziale Forderung. Die Verschiebung des sozialistischen Vorschlags sorgte dafür, dass der Unmut der Arbeiterbewegung weiter angefacht wurde.

Die soziale Krise, so zeigen diese Beispiele, ist ein Hauptfaktor der Unruhen, die sich in Luxemburg abspielten, die Ablehnung der Dynastie ein zweites. Während für die Arbeiter-



Die Sozialistin Marguerite Mongenast-Servais war nicht nur eine fervente Verfechterin des Frauenwahlrechts, sondern auch Mitglied der "Action républicaine". Ihr Vater, der Schmelzherr Emile Servais, wurde Präsident der Republik Luxemburg.



## INTERVIEW



Die Freiwilligenkompanie hatte genug vom preußischen Drill. Sie schloss sich im Januar 1919 der republikanischen Bewegung an.

fürher aber die Monarchie für ein insgesamt undemokratisches und kapitalistisches System stand, das sie durch eine Räterepublik ersetzen wollten, verfolgten die „Linksdeputierten“, welche die Republik forderten, zum Teil völlig andere Ziele. In der heftigen Auseinandersetzung um die Person der Herrscherin Marie-Adelheid trat der Kulturkampf zwischen konservativen Katholiken und Antiklerikalen noch einmal zu Tage. In den Debatten um ihr Verhalten gegenüber der deutschen Besatzungsmacht oder ihre Rolle als Staatsoberhaupt gegenüber Regierung und Parlament ging es um den Einfluss der Kirche auf die Monarchie und auf die Luxemburger Gesellschaft, aber auch um die Frage der Unabhängigkeit Luxemburgs, die durch den Krieg wieder in Frage gestellt schien. Die Allianz zwischen Bossen und Genossen war riskant. Gilbert Trausch schreibt: „L'alliance entre libéraux et sociaux-démocrates dans le bloc des gauches (de 1908 à 1916) dérouta de plus en plus un prolétariat qui souffrait plus de l'exploitation patronale que des prétentions cléricales.“

Während die rechten Abgeordneten stets Dynastieverehrung und Unabhängigkeitsstreben in einem Atemzug nannten, waren Liberale und Sozialisten zwar größtenteils einig in der Meinung, dass die Stunde der Monarchie geschlagen hat, ihre Vorstellung einer Republik orientierte sich aber wohl eher am französischen Modell. Und zur Frage der Unabhängigkeit gab es sehr unterschiedliche Ansichten. Obwohl der „Arbeiter- und Bauernrat“

eine „Luxemburger Volksrepublik“ gefordert hatte, einen „Freistaat, der seine politischen, ökonomischen und sozialen Angelegenheiten frei und unabhängig regeln soll, waren an seiner Entstehung auch Mitglieder der „Ligue française“ beteiligt, welche „die Vereinigung unseres Landes mit Frankreich“ fordert. Vor allem unter den Liberalen gab es zudem Tendenzen, die annexionistischen Bestrebungen Belgiens zu unterstützen.

#### 48 Stunden

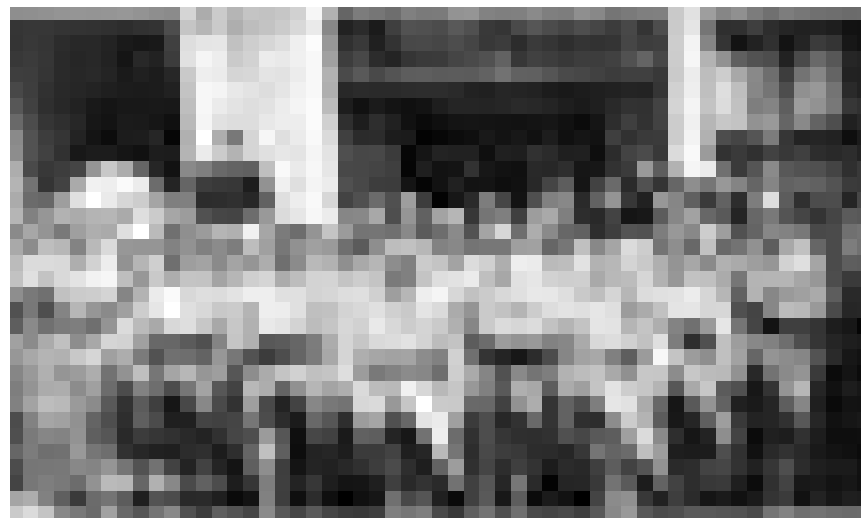
Die Forderung nach einer Republik war der wacklige gemeinsame Nenner einer Bewegung, die nicht wirklich geeint war. Am 9. Januar erhielt

sie jedoch noch einmal einen neuen Elan. Das Beispiel der deutschen Räterepublik baute nicht nur auf Arbeiter-, sondern auch auf Soldatenräten auf. Zum Meutern hatten aber nicht nur die deutschen Soldaten Grund: Auch in Luxemburg, wo die Freiwilligenkompanie jahrelang auf deutsche Befehle und preußischen Drill gehört hatte, wurde das Signal gehört. Nachdem kurz vor Weihnachten die eigentlich demissionäre Regierung Reuter in ihren Versuchen gescheitert war, Frankreich zu einer Wirtschaftsunion und zur Anerkennung einer neuen Großherzogin zu bewegen, mussten die „Minister der Großherzogin“ bei ihrer Rückkehr feststellen, dass die Freiwilligenkompanie sich verselbst-

ständig hatte. Allerdings wurde aus deren Eingaben an die Abgeordnetenkammer deutlich, dass es sich eher um eine, wie ihr Anführer Sergeant-Major Emile Eiffes später schreibt, „professionelle Befreiungsbewegung“ handelt, die sich von „bolschewistischen Bewegungen“ distanziert.

Unterdessen hatte sich jedoch eine „Action républicaine“ gebildet, in der die sozialistische Strömung stark vertreten war. Nachdem die sozialistische Fraktion im Parlament gescheitert war, sollte nun der Druck der Straße den republikanischen Forderungen Gehör verschaffen. Doch obwohl am 9. Januar Tausende dem Aufruf zu einer republikanischen Kundgebung in der Hauptstadt Folge leisteten, setzte sich die Bewegung nicht durch. Zwar verlangte, laut Eiffes, die Volksmenge vor dem Parlament „immer stürmischer die Proklamation der Republik“, doch offensichtlich konnten sich die sozialistischen und liberalen Abgeordneten hierzu nicht durchringen. Stattdessen befürworteten sie nun, ganz Parlamentarier, „dass eine auf grunde des allgemeinen Stimmrechts gewählte Konstituante endgültig die neue Regierungsform festlegen müsse“. Das erboste die ManifestantInnen, doch es kam zu keinen weiteren Schritten von ihrer Seite mehr. Gegen halb fünf erklärte der Abgeordnete Emile Mark vor der Menge schließlich, die Republik sei beschlossen worden und man werde eine provisorische Regierung bilden.

Doch am Tag darauf dankte Marie-Adelheid ab. Zu dem bereits im



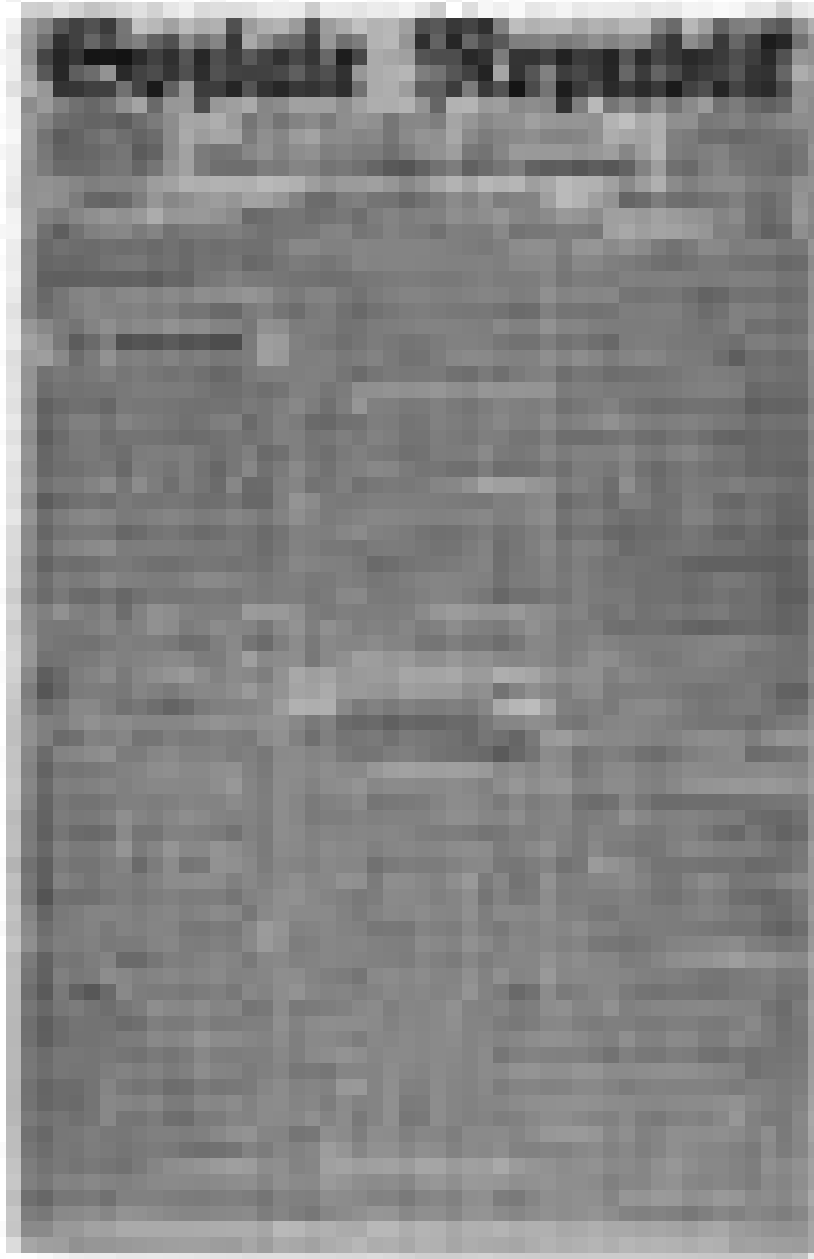
Französische Truppen bewachten nicht nur Regierungs- und Parlamentsgebäude oder die Post - sogar die Sankt-Paulus-Druckerei wurde vor republikanischen Eindringlingen geschützt.

November von der Parlamentsmehrheit gebilligten Vorhaben, ein Referendum zur Dynastiefrage abzuhalten, kam nun noch am 15. die Vereidigung Charlottes hinzu, welche die Bewegung schwächte. Maßgeblich im Unterfangen der Regierung, die republikanische Bewegung zu stoppen, war aber der Rückgriff auf das seit dem deutschen Rückzug in Luxemburg stationierte französische Militär. Es bewachte nicht nur Regierungs- und Parlamentsgebäude, Post und Kasernen, sondern hinderte das republikanische Komitee auch am 10. Januar daran, die alten Minister aus ihren Sesseln zu befördern. Es verbot öffentliche Versammlungen, sogar eine monarchistische Gegenveranstaltung in den Höfen des Konvikts. Und vor allem verhinderte es die Vereidigung der Freiwilligen auf die Republik.

Dass Frankreich so massiv die Luxemburger Bestrebungen hinderte, sich dem republikanischen Prinzip anzuschließen, mag auch heute noch erstaunen. Zum Teil erklärt sich seine Haltung durch die Nachkriegstraktationen zwischen Frankreich und Belgien, in denen eine Luxemburger Annexion durch Belgien ein Element der Verhandlungen war. Zum Teil scheint aber auch, so ein im Februar 1919 auf Veranlassung von Regierungspräsident Clémenceau verfasster Untersuchungsbericht, der diensttuende französische General de La Tour seine Kompetenzen überschritten zu haben. Er sei berechtigt gewesen, im Nachkriegsluxemburg für Ruhe und Ordnung zu sorgen, nicht aber zu verhindern, „que les gouvernants eussent été remplacés par d'autres". Und der Bericht hält fest: „On ne peut, en outre, contester que l'intervention de nos troupes n'ait eu une action décisive dans la querelle intérieure des élus luxembourgeois."

### Volkentscheid

Während Welter 1925 die republikanischen Führer in seinen Memoiren als verschlagene und hinterlistige vaterlandslose Gesellen abtut, ist Collart 1959 vorsichtiger: „Wenn es auch unausbleiblich ist, dass sich Hanswurste in Volksbewegungen mischen, hätte man Unrecht zu verallgemeinern und zu versuchen, die seriösen Elemente auf das Niveau alberner Wichtigtuer herunterzuzerren." Eiffes dagegen bekennt sich auch 1933 noch zu seiner republikanischen Gesinnung, lehnt jedoch eine revolutionäre Republik ab und liebäugelt mit dem Ständestaat. Interessanterweise gibt es von Seiten der sozialistischen VerfechterInnen der Republik keine ähnlichen Veröffentlichungen zu den Ereignissen vom 9. und 10. Januar.



Auch nach dem Scheitern verschwand die Idee der Republik nicht sofort, wie der Titel der offiziellen sozialistischen Zeitung 1920 zeigt.

In einem waren sich die drei Chronisten jedoch einig: Nach diesen 48 Stunden hatte die republikanische Bewegung ihren Zenit überschritten. Das bedeutete allerdings nicht, dass es auf den Straßen ruhiger zugegangen wäre: In den nächsten Monaten reihte sich eine Kundgebung an die andere. Streiks wechselten sich ab mit Manifestationen für die Luxemburger Unabhängigkeit oder mit solchen, in denen die Regierung wegen ihrer Untätigkeit in sozialen Fragen unter Druck gesetzt wurde. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Unruhen in der spontanen Kundgebung vom 13. August 1919. Anlässlich der Debatten um die seit dem Winter versprochene Teuerungszulage wurde die Kammer gestürmt, die Abgeordneten suchten im Keller und auf dem Speicher Schutz.

Die Auseinandersetzung um die Monarchie vom Winter 1918/19 hat ein Nachspiel im Referendum vom 28. September 1919. Bemerkenswert ist nicht nur, dass es einen Monat vor den ersten allgemeinen Wahlen statt-

fand, sondern auch, dass es im Gegensatz zu den Wahlen keine Wahlpflicht gab. Wie wenig geübt auch die politisch Versierteren in der Ausübung des neuen Wahlrechts waren, zeigt der Aufruf der sozialistischen Partei, am Referendum nicht teilzunehmen.

Das Resultat fiel sehr deutlich für die Monarchie aus, nur in Esch und Rumelingen gab es Mehrheiten für die Republik. Einerseits war es Charlotte klar gelungen, ihre Position als Herrscherin zu behaupten, andererseits war wohl auch für viele der Wählenden die Monarchie Garant der Selbstständigkeit Luxemburgs.

Des öfteren wird angeführt, das Frauenwahlrecht sei bewusst eingeführt worden, um prodynastische Stimmen zu fangen. Diese Behauptung wird nie geklärt werden können, interessant ist jedoch die Ansicht Collarts, dass „nicht wenige Frauen dem ihnen neu verliehenen Recht unfreundlich gegenüber" gestanden und es erst unter Wahlpflicht ausgeübt hätten. Deutlich wird aus den Resulta-

ten des Referendums dagegen neben dem recht hohen Anteil an ungültigen Stimmen das Gefälle zwischen Stadt und Land, und das nicht nur im Süden. Der Streit um Monarchie und Republik deckt so auch den Graben zwischen bäuerlicher Bevölkerung und Proletariat auf. Ein „Arbeiter- und Bauernstaat" war in diesem Sinn wenig realistisch.

In der offiziellen Erinnerung hatte das Jahr 1919 nie einen hohen Stellenwert. Michel Pauly weist etwa darauf hin, dass nicht einmal die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der großen Ausstellung „De l'Etat vers la Nation" von 1989 gewürdigt wurde. Und für die Linke bleibt 1919 die Geschichte einer Niederlage. Doch selbst Paul Spang, der Marie-Adelheid „einen Ehrenplatz unter den großen Frauen, von denen in unserer Nationalgeschichte gesprochen wird: neben Kunigunde, Ermesinde und ihrer Schwester Charlotte" einräumen möchte, hält fest: „An revolutionären Tagen hat schließlich derjenige Recht, der an der Macht bleibt."

### Quellen und Fotos:

Bonnet, Serge: La tentative d'instaurer la république à Luxembourg en 1919. In: Hémecht, 1974.

Collart, August: Sturm um Luxemburgs Thron 1907-1920. 1959.

Eiffes, Emile: Die revolutionäre Bewegung in Luxemburg 1918-1919. 1933.

Ettelbruck: 100 Joer Stad 1907-2007. 2008.

Hilgert, Romain: Emile Servais erster Präsident der Republik Luxemburg. In: Zeitung vom Letzeburger Vollek, 11.11.1989.

Hilgert, Romain: Zeitungen in Luxemburg: 1704-2004. 2004.

Pauly, Michel: Une année décisive. In: forum, Nr. 112(1989).

Spang, Paul: Ein entscheidender Tag in unserer Geschichte: die Abdankung der Großherzogin Marie-Adelheid am 9. Januar 1919. In: LW, 9.01.1999.

Trausch, Gilbert: Contributions à l'histoire sociale de la question du Luxembourg 1914-1922. In: Hémecht, 19874.

Wehenkel, Henri: 10. November 1918: der Anfang der revolutionären Bewegung in Luxemburg. In: 1921-1981: Beiträge zur Geschichte der KPL.

Welter, Nikolaus: Im Dienste: Erinnerungen aus verworrener Zeit. 1925.

INTERVIEW

# „Eine Umbruchzeit, in der alles möglich scheint“

Interview: Renée Wagener

**Die wenigen Monate nach Ende des Ersten Weltkriegs, in denen das monarchische System auf der Kippe stand, stehen für einen fundamentalen Wechsel in der Luxemburger Geschichte. Das meint Historiker Pit Péporté im Gespräch mit der woxx.**

**Wieso ist 1919 ein Wendepunkt in der Luxemburger Geschichte?**

Weil sich während dieser Zeit politische Denkweisen und Konstellationen fundamental verändern. Es gibt Anfang des 20. Jahrhunderts einen Wechsel von Monarchen, die den Liberalen recht nahe stehen und sich religiös eher protestantischen oder freimaurerischen Tendenzen anschließen, hin zur katholischen Fürstin Marie-Adelheid. Und auf politischer Ebene gibt es einen Wechsel von der liberalen Dominanz, die sich seit der belgischen Revolution gezeigt hat, hin zur Dominanz der katholischen Rechtspartei. Die katholische Kirche in Luxemburg orientiert sich im 19. Jahrhundert kulturell stark an Deutschland. Parallel zu ihrem wachsenden politischen Gewicht beginnt sie sich jedoch mit nationalem Gedankengut anzufreunden. So entsteht zu dieser Zeit eine Union zwischen Dynastie, Kirche und dominanter politischer Partei. Es entsteht aber auch eine sozialistische Partei, die es im 19. Jahrhundert noch nicht gab, und ein linker Block von Sozialisten und Liberalen, der viel kritischer gegenüber

der Dynastie und auch gegenüber der Kirche steht. Der gemeinsame Nenner des Linksblocks war ein Antikatholizismus, den bis heute manche Linke und Liberale in ihrer Selbstdarstellung teilen. Auf jeden Fall ändert sich die Situation der Dynastie fundamental, sie muss sich von nun an stärker legitimieren.

**„Der gemeinsame Nenner des Linksblocks war ein Antikatholizismus, den bis heute manche Linke und Liberale in ihrer Selbstdarstellung teilen.“**

**Wie ist der Wechsel der Dynastie zur katholischen Konfession zu erklären?**

Vielleicht ist es purer Zufall, vielleicht ist er bewusst orchestriert, um sich eine breitere Unterstützung im Volk zu verschaffen. Letzteres tut die Dynastie über den religiösen Wechsel hinaus auch dadurch, dass sie versucht, sich weniger deutsch-österreichisch und stärker französischer zu positionieren. Man merkt das zum Beispiel daran, welche Namen die Prinzen bekommen, oder auch an der Heiratspolitik. Doch sie versucht sich auch als nationale Dynastie darzustellen, die dynastische Geschichtsdarstellung wird ergänzt durch eine

ationale Darstellung. Sie akzeptiert bewusst den Vorschlag einiger Historiker, sich in eine Kontinuität mit den mittelalterlichen Grafen zu setzen und deren Symbolik zu übernehmen.

**Wie positioniert sich die Linke in dieser Umbruchphase?**

Der linke Block macht weniger Gebrauch von der nationalen Idee. Gerade bei den Sozialisten ist nicht ganz klar, ob sie für eine Unabhängigkeit sind oder nicht. Viele von ihnen tendieren zu einer Union mit Frankreich, wobei sich die Frage stellt: Soll Luxemburg ein französischer Satellit mit republikanischem Gepräge werden, oder à la Monaco seine dynastische Form behalten? Oder soll es komplett in Frankreich aufgehen? Der Grundton ist hier jedenfalls der einer engen Bindung an Frankreich. Dieser Gedanke drückt sich auch in der sehr breiten Unterstützung für eine Wirtschaftsunion mit Frankreich im Referendum aus, auch wenn nachher Frankreich nicht mitspielen will.

**Inwieweit trägt der Krieg etwas zu diesem Umbruch bei?**

Sehr viel, weil er diese Krise praktisch provoziert. Er bringt das ganze politische Milieu inklusive der Dynastie in die Bredouille, weil man die Alliierten überzeugen muss, dass man nichts mit den Deutschen zu tun hat, und sich trotzdem mit der deutschen Okkupation zu arrangieren versucht.

In Luxemburg ist auch vor der deutschen Besatzung der gesamte industrielle Komplex durch den Zollverein komplett von Deutschland abhängig. Es gibt praktisch keine andere Wahl, aber die starke wirtschaftliche Kollaboration mit Deutschland scheint auch kein kontroverses Thema zu sein. Der Krieg wird nun zum Katalysator für eine Reihe von Entwicklungen - manches davon war ein Fehlverhalten der Großherzogin. Man muss natürlich auch bedenken, dass diese Großherzogin nicht nur die erste ist, die katholisch ist, also eine neue Position innehat, sondern vor allem extrem jung ist. Sie hat selbst keine Erfahrung und auch kein direktes Modell, an dem sie sich orientieren konnte, denn ihr Vater war inaktiv und krank. Sie muss sich ihre Rolle quasi selbst erfinden.

**„Diese Großherzogin ist nicht nur die erste, die katholisch ist, also eine neue Position innehat, sondern sie ist vor allem extrem jung.“**

**Entspricht die Darstellung, dass Marie-Adelheid nicht selbst verantwortlich war und schlecht beraten wurde, nicht auch einem klassischen Frauenbild?**

## Zur Person

Pit Péporté, Jahrgang 1979, hat in Edinburgh Geschichte studiert und zur Geschichtsschreibung über das Mittelalter in Luxemburg promoviert. Innerhalb des Forschungsprojekts „Histoire, mémoire et identités. Etude du rôle des lieux de mémoire luxembourgeois dans la construction des identités“ der Universität Luxemburg arbeitete er zur Konstruktion nationaler Identitäten in Luxemburg, wobei auch der Zeitspanne 1918/1919 Bedeutung zukommt. „Mich interessiert“, so Péporté, „wie Geschichte gemacht wird und welche Funktion sie hat, wie sie in nationale Narrative passt.“



FOTO: CHRISTIAN MOSAR

Natürlich war Marie-Adelheid letztlich selbst verantwortlich. Aber ganz ohne Berater hat diese Frau zwischen 18 und 24 Jahren nicht gearbeitet. Dies ist ein Thema, das allerdings noch weit mehr erforscht werden kann. Ich denke aber, dass ein Mann in ihrer Situation wahrscheinlich ähnliche Probleme gehabt hätte. Ihr Verhalten beim Schulgesetz von 1912 oder der Auflösung der Regierung 1915 war tatsächlich unklug. In andern Situationen war es aber wahrscheinlich egal, welche Entscheidungen Marie-Adelheid traf, sie hätte immer Probleme bekommen. Was wäre etwa passiert, wenn sie den deutschen Kaiser nicht empfangen hätte?

**Es gab für Luxemburger Verhältnisse erstaunlich viele Manifestationen in Luxemburg. Wird die Bedeutung sozialer Kämpfe unterschätzt?**

1919 ist eine Umbruchszeit, in der sich eine ganze Reihe von Fragen gleichzeitig stellen. Es gibt eine komplett neue politische Konstellation, eine Parteienlandschaft, die so vorher nicht existiert hat, dazu sich formierende und erstarkende Gewerkschaften. Auf die vielen Fragen gibt es natürlich viele Antworten. Republik oder Monarchie? Unabhängigkeit ja oder nein? Was bedeutet der Zusammenbruch des Zollvereins? Soll sich Luxemburg wirtschaftlich mit Frankreich oder mit Belgien alliiieren? Die Leute konstruieren sich ihre eigenen, manchmal extremen Positionen, zum

Teil aus Mangel an Traditionen, zum Teil auch, weil alles möglich scheint.

**„Herchen interpretiert diese republikanische Bewegung als Minorität von Extremisten, die sowieso keine Chance hatte und in ihrem Versuch, das Volk aufzuwiegeln, vollkommen scheitert.“**

**Ist die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eher der Rechtspartei zuzuschreiben oder der Arbeiterbewegung?**

Sowohl als auch. Die Liberalen sind strikt nicht am allgemeinen Wahlrecht interessiert, weil sie vom Patronat und von der alten bürgerlichen Elite gewählt werden und auch für diese Politik machen. Sie profitieren absolut vom bestehenden Zensuswahlrecht. An diesem Punkt entsteht nun eine Union der Sozialisten und der Konservativen mit der Perspektive auf ein universales Wahlrecht, also auch Frauenwahlrecht. Die Rechtspartei verspricht sich davon eine breitere konservative Unterstützung, die sozialistische Partei tut das eher aus einer theoretischen Reflektion und einer prinzipiellen demokratischen Haltung heraus. Die konservative Partei ist zu diesem Moment noch neu und arbei-

tet mit den Mitteln einer Oppositionspartei: Sie versucht, die beiden anderen politischen Kräfte gegeneinander auszuspielen, um an die Macht zu kommen. So wird sie sich bei der Frage des Wahlrechts mit den Sozialisten gegen die Liberalen einig. In der Frage der Monarchie aber, bei der klar ist, dass die Sozialisten beim Referendum dagegen votieren, versucht sie, die Liberalen auf ihre Seite zu ziehen.

**In den Geschichtsbüchern wurde die republikanische Bewegung von 1918/19 nicht sehr intensiv behandelt.**

Das ältere Schulbuch von Arthur Herchen geht tatsächlich kaum auf diese Bewegung ein, und wenn es dies tut, aus einer sehr konservativen Sicht. Herchen interpretiert diese Bewegung als Minorität von Extremisten, die sowieso keine Chance hatte und in ihrem Versuch, das Volk aufzuwiegeln, vollkommen scheitert. Im Parlament führt die Darstellung der Geschehnisse um 1918/19 später allerdings zu einer Diskussion: Nicolas Margue, der einerseits Unterrichtsminister, andererseits aber auch Historiker ist und Herchens Buch erweitert und reeditiert hat, gerät 1939 unter Druck. Seine Kritiker werfen ihm vor, Herchens Geschichte parteipolitisch motiviert fortgeschrieben zu haben. Die Kritik der Opposition bezieht sich aber auch auf die Darstellung von 1918/1919: Es wird zum Beispiel bemängelt, dass Marie-Adelheid als Lichtgestalt dargestellt

wird, während alle demokratischeren Kräfte quasi untergehen, und vor allem, dass der liberale Staatsminister Eyschen komplett in dieser Darstellung verschwindet.

**Ist der Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg ein größerer als derjenige nach dem Zweiten Weltkrieg?**

Am Anfang des Ersten Weltkriegs bleiben die politischen Akteure in ihren Ämtern, das ändert sich aber dann während und vor allem nach dem Krieg. Im Zweiten Weltkrieg ist es genau umgekehrt, die Regierung geht ins Exil und hat keinen direkten Einfluss auf das Geschehen in Luxemburg, kommt aber nachher zurück. Und anders als 1919 wird versucht, die Kontinuität mit der Vorkriegszeit herzustellen. Es sind genau die gleichen Leute, die die Politik anführen: Dupont, Bech, Bodson usw. Das gleiche passiert im ideologischen Bereich: Der ideologische und intellektuelle Mainstream bleibt ein konservativer. In diesem Sinn markiert 1919 einen weit stärkeren Umbruch. Natürlich hat der zweite Weltkrieg Effekte im Sinn eines Selbstverständnisses Luxemburgs als Nation, er stärkt ein Gefühl nationaler Solidarität. Zudem gibt es immer noch Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges, wenn auch immer weniger. Es existiert dadurch eine Erinnerung, die mit Blick auf 1919 einfach nicht mehr da ist.